

## Mietrecht

### Makler ziehen nach Karlsruhe

Der Immobilienverband Deutschland (IVD) will in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde erheben, sobald das sogenannte Bestellerprinzip in Kraft getreten ist. In den kommenden Wochen wird das Bundeskabinett das Wohnungspolitische Vorhaben voraussichtlich beschließen. Demnach soll für Maklerleistungen künftig der Grundsatz „wer bestellt, der bezahlt“ gelten; so kann nach Meinung von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) ein gerechter Ausgleich zwischen den Interessen von Mietern und Vermietern geschaffen werden. Der IVD zweifelt an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzesentwurfs. Der Verband hat ein Gutachten des Mainzer Staatsrechtlers Friedhelm Hufen eingeholt, der Jurist betrachtet die Regelung als „schwerwiegenden Eingriff in die Berufsfreiheit“. Der Gesetzgeber wolle offenbar nicht nur die Honorare der Makler beschränken, sondern sie aus einem großen Marktsegment regelrecht verdrängen. *aju*



Schäuble

le zur personellen Prüfung aussteuert“, schreiben Schäubles Experten. Dennoch sind auch künftig Zufalls- und Turnusprüfungen durch Finanzbeamte vorgesehen. Bei der maschinenlesbaren Steuererklärung müssen künftig Belege über Ausgaben nicht mehr beiliegen. Sie werden „bei entsprechendem Anlass vom Finanzamt gezielt angefordert“. Die Neuerungen sollen 2016 in Kraft treten. *rei*

## Arzneimittel

### Ärger wegen 1000-Dollar-Pille

Die Bundesregierung prüft Maßnahmen, um den Preis der sogenannten 1000-Dollar-Pille zu reduzieren. Die „aktuelle Ausgabenentwicklung“

für das neue Hepatitis-C-Medikament Sovaldi sei Anlass, die Kosten für neue Arzneimittel im ersten Jahr „aufmerksam zu beobachten“, heißt es in einer Antwort des Gesundheitsministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion. Gegebenenfalls werde man einen Vorschlag für eine Gesetzesänderung vorlegen. Seit Februar ist die Pille des US-Pharmakonzerns Gilead in Deutschland erhältlich. Der Verkaufspreis einer Packung mit 28 Tabletten beträgt rund 20 000 Euro. Im ersten Jahr der Einführung dürfen Hersteller den Preis selbst festlegen. Danach gilt ein Betrag, den die gesetzliche Krankenversicherung mit ihnen verhandelt. Die Kassen fordern, diesen niedrigeren Preis rückwirkend auch für das erste Jahr festzuschreiben. Ob das verfassungsgemäß sei, hänge „von der konkreten Ausgestaltung“ ab, so das Ministerium. Die Linkspartei drängt auf eine schnelle Regelung: „Mondpreise gehören gesetzlich abgeschafft – sofort und auch für das erste Vermarktungsjahr“, sagt Gesundheitsexpertin Kathrin Vogler. *cos*

## SAP

### Streit um Kündigungen

Neue Runde im Kampf um die ersten betriebsbedingten Kündigungen beim hochprofitablen Softwarekonzern SAP: Am vergangenen Donnerstag scheiterten die Verhandlungen zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat vor der Einigungsstelle. SAP will im Zuge einer Umstrukturierung circa 180 Mitarbeiter bei der Konzernmutter in Deutschland versetzen oder sich von ihnen trennen. Der Betriebsrat bewertet dies als Druckmittel, das helfen soll, die Reorganisation durchzusetzen. SAP will nun sofort mit den Mitarbeitergesprächen beginnen. Man versuche, „neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die betroffenen Kollegen zu finden, und zwar vorzugsweise innerhalb der SAP“, heißt es in einem Schreiben an die Belegschaft. Eine verbindliche Zusage ist das nicht. Vielmehr wurde ein vom Betriebsrat vorgelegtes Modell, das gleichwertige Arbeitsplätze vorsieht, vom Management abgelehnt. *msc*

## Steuern

### Automatische Bescheide

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will Steuererklärungen künftig vollständig durch Computerprogramme prüfen lassen. Das geht aus einem Diskussionspapier des Bundesfinanzministeriums für eine Arbeitsgruppe mit den Ländern hervor, die sich eine Modernisierung der Steuer zum Ziel gesetzt hat. Durch die computergestützte Fallbearbeitung könnten künftig „Steuerbescheide auch vollautomatisch ergehen“, heißt es in dem Papier. Die Programme sollen in der Lage sein, fehlerhafte oder falsche Angaben zu erkennen. Das „Risikomanagement“ werde so programmiert, „dass es treffsicher risikobehaftete Fäl-



Funke

## HRE

### Katastrophe mit Ansage

Sechs Jahre nach der Beinahe-Pleite der Immobilienbank Hypo Real Estate (HRE) will die Münchner Staatsanwaltschaft diese Woche den gesamten Exvorstand des inzwischen verstaatlichten Instituts unter dem früheren Vorsitzenden Georg Funke anklagen. Der Tatvorwurf lautet: „Unrichtige Darstellung“ der Geschäftslage. Exfinanzchef Markus Fell soll sich zudem wegen Marktmanipulation verantworten. Die Beschuldigten bestreiten alle Vorwürfe. Laut der gut 200 Seiten starken Klageschrift hatten Funke und seine Kollegen früher Kenntnis von der zugespitzten Lage ihres irischen Ablegers, der Depfa-Bank, als bislang bekannt. Entsprechende Informationen hätten sie bereits ab Anfang 2008 erreicht, heißt es in dem Dokument. Auch die Wirtschaftsprüfungsfirma KPMG habe schon auf einer Vorstandssitzung am 14. März vor einem Refinanzierungsengpass in der Gruppe gewarnt und einen „Liquiditäts-Katastrophenplan“ gefordert. Der kam offenbar zu spät. *did, mhs*